

Auszug aus der Niederschrift über die 8. Sitzung (öffentlicher Sitzungsteil) des Rates am 29.06.2005

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0436/2005**

**Handlungskonzept zur Verbesserung der Sauberkeit
und Ordnung in Münster**

Es lag folgender Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage vor:

„Eigenverantwortung, Engagement und Einsatz machen Münster sauber

Der Rat möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Rat erkennt an, dass die Abfallwirtschaftsbetriebe in den Jahren seit 2002 mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu Sauberkeit und verantwortlichem Verhalten beim Thema Müll zu einer nachhaltigen Sensibilisierung der Bevölkerung für das Müllproblem im öffentlichen Raum beigetragen haben. Diese Kampagne soll so weitergeführt werden, dass bürgerschaftliches Engagement und Eigenverantwortung als Grundlage für ein sauberes Stadtbild vermittelt werden.
2. Die Abfallwirtschaftsbetriebe werden aufgefordert, ein geeignetes Konzept zu entwickeln, wie mit Hilfe von Arbeitskräften in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen die regelmäßige Reinigung an neuralgischen Punkten unterstützt werden kann. Diese Kräfte sollen schwerpunktmäßig in den Sommermonaten zum Einsatz kommen, in denen das Freizeitverhalten zu einem erhöhten Müllaufkommen im öffentlichen Raum führt.
3. Die Abfallwirtschaftsbetriebe werden aufgefordert, die bisherige sehr erfolgreiche Aktion „Sauberes Münster“ so weiterzuführen und zu erweitern, dass auch neuralgische Punkte, an denen punktuell besonders starkes Müllaufkommen festzustellen ist, erfasst werden. Bürgerschaftliches Engagement für ein sauberes Stadtbild soll auch zu einer verstärkten Sensibilisierung für das Problem beitragen.
4. Die Veranstalter großer Events sollen durch die Verwaltung verstärkt angehalten werden, für die Reinigung des öffentlichen Raumes im Umfeld und im Nachgang zu ihren Veranstaltungen, Verantwortung zu übernehmen und einen entsprechenden finanziellen Beitrag zu leisten.“

Des Weiteren lag nachstehender Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage vor:

Der Beschlussvorschlag wird in Punkt 2.1 wie folgt ergänzt:

- 2.1 der Service- und Ordnungsdienst im Ordnungsamt ab sofort um 5,0 Stellen (Verg.-Gr. Vc BAT) verstärkt. Es werden dazu Stellen aus dem Gesamtbestand der Verwaltung in Anspruch genommen. Diese Stellen werden zunächst für einen Zeitraum von maximal zwei Jahren, vorrangig durch interne Umsetzungen, befristet besetzt,“

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit Mehrheit (Obm, CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, PDS/LL) abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde mit Mehrheit (Obm, CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, PDS/LL) angenommen.

Der Rat beschloss unter Berücksichtigung des Antrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion mit Mehrheit (Obm, CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, PDS/LL):

„Sachentscheidung

1. Das Handlungskonzept der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Zur Umsetzung der Schwerpunkte des Handlungskonzeptes zur Verbesserung der Sauberkeit und Ordnung in der Stadt Münster (vgl. Ziffer IV. der Begründung) wird
 - 2.1 der Service- und Ordnungsdienst im Ordnungsamt ab sofort um 5,0 Stellen (Verg.-Gr. V c BAT) verstärkt. Es werden dazu Stellen aus dem Gesamtbestand der Verwaltung in Anspruch genommen. Diese Stellen werden zunächst für einen Zeitraum von maximal zwei Jahren, vorrangig durch interne Umsetzungen, befristet besetzt,
 - 2.2 der Einsatz von Arbeitslosengeld-II-Empfänger im Rahmen von sogenannten 1-Euro-Jobs für zusätzliche (über die mit planmäßig beschäftigtem Personal oder durch Beauftragung von Fremdfirmen durchgeführte Regelreinigung hinaus) Aufgaben im Bereich der Reinigung und der Sauberhaltung des Stadtgebietes und zur Verstärkung des Fahrradkontrolldienstes ausgeweitet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach einem Erfahrungszeitraum von 1 Jahr über den Stand der Umsetzung des Handlungskonzeptes zu berichten.
4. Mit der Beschlussfassung über diese Vorlage ist der Antrag der CDU-Ratsfraktion und der FDP-Ratsfraktion Nr. AR/0014/2005 erledigt.

Kosten/Folgekosten

I. Personalkosten

In den Buchungsplänen 9311 "Personalausgaben ZA 10" und 9312 "Personalausgaben ZA 30" entstehen im UA 1103 für die 5,0 Stellen im Service- und Ordnungsdienst Personalkosten in Höhe von 220.510 € (Ganzjahreskosten).

II. Sachkosten

In begrenztem Umfang sind Mehrausgaben zu leisten für die notwendige Ausrüstung bei den HHSt.:

1103.590.1000.2 "Betriebskosten für Service- und Ordnungsdienste" 8.600 € und
1103.935.0030.4 "Beschaffung Funkgeräte, Fahrräder, MDE-Geräte" 11.250 €.

Im Bereich der laufenden Sachkosten ergibt sich eine geringfügige Erhöhung in Abhängigkeit zur Dienstaufnahme der Mitarbeiter/innen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

I. Personalkosten

Die Mittel stehen in den Buchungsplänen 9311 "Personalausgaben ZA 10" und 9312 "Personalausgaben ZA 30" zur Verfügung. Für die Einrichtung der 5,0 Stellen werden ursprünglich zur Einsparung vorgesehene Stellen aus der Gesamtverwaltung in Anspruch genommen. Die dadurch fehlenden Einsparungen werden an anderer Stelle gesichert. Das Personalkostenvolumen 2005 bleibt unverändert.

II. Sachkosten

Die Mehrausgaben in Höhe von 8 600 € bei der HHSt. 1103.590.1000.2 werden durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 0200.113.0000.X in entsprechender Höhe gedeckt.

Für die Mehrausgaben in Höhe von 11 250 € bei der HHSt. 1103.935.0030.4 ergibt sich eine Deckung durch Minderausgaben bei der HHSt. 0200.590.0000.6.

Die Mittel für die laufenden Sachkosten stehen 2005 zur Verfügung und werden ab 2006 eingeplant."

gez.
Jürgen Kupferschmidt
Schriftführung
